

AK Umwelt

## Ökosozial ist sexy – Über die soziale Dimension der Umweltpolitik

*Sind alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen von Umweltverschmutzung betroffen? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Zwar verringert Feinstaub die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland laut WHO um zehn Monate. Doch dabei treten Feinstaubbelastungen keineswegs in allen Regionen gleichmäßig auf. Die Autoren: Beate Fischer, Frederic Hanusch, Jacob Hörisch, Fabian Löw, Rasmus Raecke, Katharina Schöneborn, Johannes Zech.*

### AK Umwelt der FES

Stipendiatinnen und  
Stipendiaten der  
Friedrich-Ebert Stiftung.

ak-umwelt-hd@fes-stip.de



Die höchsten Verschmutzungswerte werden in der Nähe von Industriestandorten und an Hauptverkehrsadern gemessen. Sie treffen somit vor allem typische Wohngehenden der städtischen Unterschicht und unteren Mittelschicht. Auch in einer globalen Perspektive zeigt sich, dass Umweltschutz häufig mit sozialen Problemstellungen einhergeht: Genetisch verändertes Saatgut greift nicht nur irreversibel in die Biosphäre ein, sondern schafft gleichzeitig Abhängigkeiten auf Seiten der Bauern in Entwicklungsländern. Da diese das gentechnisch veränderte Saatgut nicht selbst reproduzieren können, muss es jedes Jahr erneut von global agierenden Saatgutkonzernen erworben werden. Vergleicht man die Anpassungsfähigkeit verschiedener Länder gegenüber den Folgen des Klimawandels, treten oft große Disparitäten zu Tage: Während in hochentwickelten Industrieländern wie Deutschland oder den Niederlanden die technischen und finanziellen Kapazitäten gegeben sind, um auch in Zukunft das bereits hohe Schutzniveau gegenüber dem steigenden Meeresspiegel auszubauen, verfügen Entwicklungsländer

wie Bangladesch oftmals nur über begrenzte Lösungsmöglichkeiten. Jedoch sind gerade die Industrieländer Hauptemittenten klimawirksamer Substanzen und damit Hauptverursacher des Klimawandels. Schon an diesen einfachen Beispielen zeigt sich deutlich, dass Umweltprobleme häufig auch Probleme der sozialen Gerechtigkeit sind. Die Ursachen für diese Probleme sind in den gegenwärtigen institutionellen Strukturen und Denkmustern der politischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Akteure zu suchen.

So scheint bei der Mehrheit dieser Akteure ein Festhalten an der Logik des Wirtschaftswachstums zu dominieren: Ein Wirtschaftssystem, das Unternehmen verpflichtet, ihre Gewinne zu maximieren, setzt vielfach Anreize, Umweltbelange systematisch zu vernachlässigen. Durch die weitreichende Liberalisierung der Weltmärkte ist zudem die Zahl politisch wirksamer Handlungsinstrumente, zum Beispiel in Form kostspieliger Umweltauflagen für Unternehmen, zurückgegangen. Weiterhin setzen staatliche Finanzierungsstrukturen Politiker bei sinkenden Steuereinnahmen in Folge ungünstiger konjunktureller Entwicklungen unter Handlungsdruck. Denn Verteilungskonflikte, so eine weit verbreitete Ansicht, lassen sich politisch leichter lösen, wenn die Wirtschaft und das zu verteilende volkswirtschaftliche Einkommen wachsen.

Gleichzeitig gibt es seit langem Kritik am Wachstumsparadigma, die seit der Stu-

die zu den »Grenzen des Wachstums« des Club of Rome vor beinahe 40 Jahren nicht an Aktualität verloren hat. Bei begrenzt verfügbaren Rohstoffen und Aufnahmekapazitäten der Erde für Schadstoffe sind jeder wachstumsorientierten Politik natürliche Grenzen gesetzt – dies gilt auch vor dem Hintergrund des zu erwartenden technologischen Fortschritts. Außerdem scheint die Gleichsetzung von wachsendem Bruttoinlandsprodukt mit zunehmendem Wohlstand immer weniger aufzugehen. Selbst wenn Wirtschaftswachstum primär in den Dienst der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit gestellt würde, bliebe dabei eine zentrale Dimension ungelöst, denn Umweltbelastungen betreffen nicht nur sozial und finanziell Benachteiligte, sondern auch zukünftige Generationen oft in viel stärkerem Ausmaß als die eigentlichen Verursacher. Nimmt man diese Kritik ernst, so sind solidarische und stabilitätsorientierte Formen des Wirtschaftens voranzutreiben und alternative gesellschaftliche Strategien zu entwickeln. Der Bundesrepublik kommt bei der Erreichung eines solchen Paradigmenwechsels auf nationaler und globaler Ebene eine Vorreiterrolle zu. Nicht nur, weil deutsche Umwelttechnologie durch ihre Innovationen internationale Maßstäbe setzt, sondern auch weil Deutschland in der Vergangenheit massiv von seiner im globalen Vergleich frühen Industrialisierung profitierte.

Fragt man nach alternativen, zeitgemäßen Handlungsmaximen, so sind diese in der Vereinbarkeit von umweltpolitischen Notwendigkeiten und Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit zu finden. Diese Vereinbarkeit muss dabei auf allen Ebenen gesucht werden: Beim Individuum, in der Gesellschaft, beim Staat und auf internationaler Ebene. Auf individueller Ebene scheint eine Orientierung hin zu post-materialistischen Lebensstilen sinnvoll. Die Zufriedenheitsforschung zeigt, dass das Streben nach immer mehr Gütern und Dienstleistungen für immer mehr Menschen eine Belastung darstellt, während

das Motto »Mehr Zeit statt noch mehr Geld« für viele an Attraktivität gewinnt. Eine derartige Ausrichtung von Lebensstilen kann den Ressourcenverbrauch und den Druck auf das Ökosystem verringern sowie sozioökologisch vertretbare Berufsfelder fördern. Der stetige Anstieg materieller Armut in Deutschland könnte hierbei jedoch langfristig ein breites Gegenpotenzial zu einem positiv wirkenden post-materialistischen Klima bedeuten und birgt so gesehen nicht allein soziale Brisanz. Auf gesellschaftlicher Ebene muss eine aktive Bürgerschaft ihre Handlungsspielräume vergrößern, um zur Vereinbarkeit von Umwelt und sozialer Gerechtigkeit entscheidende Impulse setzen zu können. Bei gleichzeitiger Entwicklung der Unternehmen hin zur Gemeinwohlökonomie, die

verstärkt auch eine Umwelt- und Sozialbilanz in die Unternehmensbilanz mit einbezieht, kann die Gesellschaft durch eine Änderung ihres Konsumverhaltens nachhaltigere Strukturen etablieren. Es gilt die Entwicklung von geeigneten Indikatoren zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts voranzutreiben, um den Wohlstand und die Lebensqualität einer Gesellschaft in ökosozialer Hinsicht überhaupt abbilden zu können. Nationalstaatlich gesehen ist eine Orientierung hin zu einem qualitativen Wachstum, in dem Lebensbedürfnisse jenseits ressourcenintensiver Güter – wie Bildung, Kultur und Gesundheit – an Bedeutung gewinnen, notwendig. Dabei kommt dem Staat eine zentrale Rolle zu, da er für eine neue, gerechtere Umverteilung verantwortlich ist und die wissenschaftliche Fundierung einer Postwachstumsökonomie fördern muss. Darüber hinaus muss der Staat die Vereinbarkeit von Umweltpolitik und sozialer Gerechtigkeit in Alltagswirklichkeiten übersetzen, wozu ein grundlegender Strukturwandel erforderlich ist. Es werden Anreizsysteme und Rahmenbedingungen benötigt, die als Motor des Wandels fungieren können. So wäre als Eckpfeiler ein ökologisch und sozial orientiertes Steuersystem vorstellbar, das in geringerem Maße Arbeit besteuert und stattdessen den Preis von Umweltbelastungen erhöht. Investitionen des Staates müssen noch wesentlich stärker zukunftsorientiert sein und nicht nur auf die Befriedigung des Gegenwartskonsums abzielen. Auf internationaler Ebene ist der Blick auf die jüngste Finanzkrise unumgänglich auch – und gerade – in ökologischer Perspektive. Zur Unterordnung der Finanzmärkte unter die Realwirtschaft werden immer wieder Steuermodelle wie jenes der Finanztransaktionssteuer diskutiert. Diese gälte es im Hinblick auf die globalen Umweltprobleme wie den Klimawandel und Gerechtigkeitsdefizite, etwa im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, zu erheben und einzusetzen. Im Vordergrund steht

auch auf globaler Ebene letztlich die Frage, was der Mensch für ein gutes, erfülltes Leben benötigt.

### **Verzichtsrhetorik als größter Gegner**

Der größte Gegner bei der Umsetzung dieser Handlungsmaximen ist die Verzichtsrhetorik, die bei einem Mehr an ökosozialer Gerechtigkeit einen bedeutenden Wohlstandsverzicht suggeriert. Dabei verzichten wir aktuell schon auf vieles: auf Lärmfreiheit in Städten, auf Lebensqualität wegen Landschaftszerstörung, auf Kinder und Familie zugunsten von Karriere und materiellem Reichtum. Dem Einzelnen sind dieser Verzicht und die möglichen Hinzugewinne durch veränderte Lebensmodelle oft nicht hinreichend bewusst, da er sich in gesellschaftlichen Ritualen und Gewohnheitsmustern bewegt. Letztendlich steht aber auf allen Ebenen die Erarbeitung eines neuen Modells von Lebensqualität an, in dem Intra- und Inter-generationsgerechtigkeit ihr angemessener Platz zugestanden wird.

Dabei ist und bleibt die Erkenntnis unabdingbar, dass die ökologische Gerechtigkeit auf das Engste mit der sozialen verbunden ist. Damit sich diese Erkenntnis in der Praxis widerspiegelt, müssen Harmonien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit gestärkt sowie bestehende Konflikte gelöst werden. Das eingangs erwähnte Beispiel der Feinstaubbelastung verdeutlicht, dass der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs keinesfalls nur der Umwelt dient – er ist auch ein Instrument, um das in Deutschland bestehende Gefälle in der Lebenserwartung von Arm und Reich abzubauen. Gleichermaßen sind auf globaler Ebene strenge Vorgaben für die Gentechnik-Branche nicht allein aus Gründen des Umweltschutzes geboten; sie können gleichzeitig verhindern, dass neue Abhängigkeiten in der Dritten Welt entstehen.